

SESSIONSBERICHT

Bruno Henggi Der Leiter Fraktion & Politik

Herbstsession 2007

In der letzten Session vor den Wahlen stand eine ausserordentliche Steuerdebatte in beiden Räten auf dem Programm. Der Nationalrat traktandierte die Ausführungsgesetzgebung zur Verwahrungsinitiative, die Änderung des Bürgerrechtsgesetzes, das Zwangsanwendungsgesetz, den BFI-Kredit, die Initiativen zur Senkung der Krankenkassenprämien und zur Aufwertung der Komplementärmedizin sowie das Rauchverbot und das Urheberrechtsgesetz. Im Ständerat standen die Differenzen bei der Spital- und der Pflegefinanzierung auf dem Programm. Dazu kamen die Einbürgerungsinitiative der SVP und die Verlagerung des Güterverkehrs.

Positive Bilanz aus FDP-Sicht:

- **Investitionen in Forschung und Bildung haben Vorrang: 6% Ausgabenwachstum im BFI-Bereich von beiden Räten beschlossen**
- **Der Maulkorbinitiative wird ein von der FDP geprägter indirekter Gegenvorschlag gegenüber gestellt (Beschluss beider Räte)**
- **Dreisprachigkeit als Ziel der obligatorischen Schule. Dieses freisinnige Leistungs-Postulat ist im Sprachengesetz verankert**
- **Annahme des steuerbegünstigten Bausparens zur Eigentumsförderung im Nationalrat**
- **Der Nationalrat unterstützt die freisinnige Initiative für vier Sonntagsverkäufe pro Jahr**
- **Steuerdebatte: Annahme der Motion für eine Unternehmenssteuerreform zur Stärkung des Standorts (Gewinnsteuer-Reduktion für Unternehmen und Differenzierung nach Ertragsarten)**

Geschäfte beider Räte

Steuerdebatte: Die SVP hatte eine ausserordentliche Steuerdebatte durchgesetzt mit dem Ziel, vor dem Wahltermin für eine allgemeine Mehrwertsteuersenkung zu werben. Die FDP benutzte die Gelegenheit um eine Steuerpolitik zu präsentieren, welche mittel- und langfristig zum Wohlstand des Landes beiträgt. Zentral ist die Sicherung des Steuerwettbewerbs auf internationaler und nationaler Ebene, eine Steuerpolitik, welche den Standort Schweiz kompetitiv hält und die Vereinfachung des Steuersystems namentlich bei der Personenbesteuerung und bei der Mehrwertsteuer. Die FDP spricht sich deshalb für eine weitere Unternehmenssteuerreform aus, die Vereinfachung der Mehrwertsteuer mit tiefem Einheitssatz und für eine Vereinfachung der Personenbesteuerung, welche in Richtung Easy Swiss Tax geht. Die Resultate der Debatte: Zugestimmt hat der Nationalrat den FDP-Motionen für eine weitere Unternehmenssteuerreform zugunsten des Standortes (Differenzierung der Besteuerung nach Ertragsart, Senkung des Gewinnsteuersatzes für Unternehmen), für die Deklaration des Steuerwettbewerbs als Legislaturziel 2008-11, für schweizweite Transparenz bei der Gebührenbelastung und für steuerliche Anreize für Energiesparmassnahmen bei Altbauten. Vom Nationalrat abgelehnt wurde die Motion für eine Vereinfachung des Steuersystems. Richtigerweise abgelehnt wurde die SVP-Motion für eine generelle Senkung der Mehrwertsteuer. Die FDP unterstützte sodann auch die SVP-Motion, welche den Gewinnsteuersatz für Unternehmen von 8,5 auf 5% senken will.

Bildung, Forschung, Innovation (BFI): Der Nationalrat hat wie zuvor der Ständerat im Sinne der FDP-Fraktion beschlossen, den Bereich Bildung und Forschung im Portfolio des Bundes zu priorisieren und bewilligte ein Ausgabenwachstum von 6 Prozent. Kürzungsan-

träge der SVP wie auch nicht gegenfinanzierte Aufstockungsanträge der Linken wurden abgelehnt. Der Nationalrat lehnte es mit 92:53 Stimmen richtigerweise auch ab, die Wachstumsrate von 6 Prozent gesetzlich abzusichern und die BFI- Mittel von allen Kredit-sperren und Budgetkürzungen auszunehmen. Die links-grüne Kommissionsminderheit hatte einen bereits im Ständerat mit 28:9 Stimmen gescheiterten Vorschlag übernommen. Der Nationalrat stockte hingegen gegenüber dem Bundesrat den Zahlungsrahmen für den Nationalfonds um 100 Mio. CHF auf (89:61 Stimmen). Diese Zusatzmittel sollen bisher nicht separat ausgewiesene indirekte Forschungskosten des Nationalfonds und der Hochschulen decken. Schliesslich wurde die von der WBK mit Stichentscheid der Präsidentin vorgeschlagene Aufstockung der Zahlungskredite für die Fachhochschulen um 200 Millionen auf 1,9 Milliarden mit 87:74 Stimmen abgelehnt.

Sprachengesetz: Der Ständerat hat den Sprachenfrieden gefährdenden Entscheid des Nationalrates, wonach die erste zu unterrichtende Fremdsprache eine Landessprache sei, zu recht und deutlich umgestossen. Mit 26:8 hat der Ständerat das Frühenglisch-Verbot des Nationalrats aus dem Sprachengesetz gestrichen. Die FDP erachtet Dreisprachigkeit (zwei Landessprachen und Englisch) am Ende der obligatorischen Schulzeit als adäquates Ziel, und sie spricht sich für einen frühen (Fremd-)Sprachenunterricht aus. Der Entscheid darüber, welche Fremdsprache zuerst unterrichtet werden soll, ist den Kantonen zu überlassen. Das Signal aus dem Ständerat und auch die harsche Kritik, welche die Kantone nach dem Nationalratsentscheid aussprachen, zeigte Wirkung. Die grosse Kammer übernahm die Formel der Kantone, wonach nach der obligatorischen Schulzeit Sprachkompetenzen in mindestens einer zweiten Landessprache und einer weiteren Fremdsprache vorhanden sein müssen. Der Entscheid fiel mit 71:68 allerdings knapp aus.

Spitalfinanzierung: Der Ständerat bewegte sich in Richtung Nationalrat, so dass sich die Chancen auf einen Abschluss der langwierigen Diskussion noch in der zu Ende gehenden Legislaturperiode erhöhten. Der Ständerat befürwortet im Sinne der FDP die freie Spitalwahl ebenfalls und wählte eine Finanzierungslösung, welche den Befürchtungen nach einem Kostenschub Rechnung trug. Mit 30:6 wurde entschieden, dass der Versicherer und der Wohnkanton die Vergütung nach dem Tarif übernehmen, der im Wohnkanton für die betreffende Behandlung gilt. Die linke Ratsminderheit wollte eine Vergütung zum Tarif im Standortkanton festschreiben. Beim Kostenschlüssel entschied der Ständerat, dass die Kantone mindestens 55 Prozent zu übernehmen hätten, wobei Kantone mit tiefen Prämien ihren Kostenanteil auf bis zu 45 Prozent absenken können sollen. – Die FDP unterstützte im Nationalrat zusammen mit der Ratsmehrheit die Verfeinerung des Risikoausgleichs, wie sie im Ständerat beschlossen worden ist. Neben Alter, Geschlecht und Kanton soll das Krankheitsrisiko als zusätzliches Kriterium zur Berechnung des Risikoausgleichs beigezogen werden. Messgrössen sind ein Spitalaufenthalt im Vorjahr (länger als drei Tage) und ein Morbiditätsfaktor (Krankheitshäufigkeit in einem definierten Kollektiv). Der Risikoausgleich soll nach gemäss dem Willen des Nationalrats auf fünf Jahre beschränkt bleiben.

Pflegefinanzierung: Der Ständerat wolle Patienten und Prämienzahler bei der Revision der Pflegefinanzierung vor einer Mehrbelastung schützen. Die Pflegekosten, die Patienten selbst zu tragen haben, wurden auf max. 20 Prozent begrenzt. Er entschied im Sinne der FDP weiter, dass die Kosten der Akut- und Übergangspflege nicht vollumfänglich den Kassen auferlegt werden sollen. Die obsiegende Mehrheit argumentierte, dass bei einer vollen Kostenauflegung auf die Kassen, die Kostenneutralität der Reform nicht eingehalten werden könnte. Der Nationalrat hatte sich für eine Kostenübernahme durch die Kassen ausgesprochen.

Urheberrecht: Der Nationalrat hat das Urheberrecht an das digitale Zeitalter angepasst. Die Vorlage trägt den Interessen der Künstler, Produzenten und Konsumenten Rechnung. Ein Kernelement betrifft die Schutzbestimmungen. Technische Massnahmen wie Zugangs- oder Kopiersperren dürfen nicht umgangen werden. Um die Rechte der Konsumenten nicht zu stark zu beschränken, wurde die private Verwendung vom Verbot aus-

genommen. Musik oder Filmwerke können demnach für den privaten Gebrauch, für den Unterricht oder für eine betriebsinterne Verwendung aus dem Internet heruntergeladen werden. Der Nationalrat hat sich sodann entschieden, die seit kurzem auf digitalen Speichermedien wie MP3-Playern erhobene Urheberrechtsgebühr nicht in die laufende Revision einzubeziehen. Der Ständerat hat das modernisierte Urheberrecht in der gleichen Session bereinigt.

Standortförderung: Der Ständerat hat die Vorlage über die Standortförderung 2008-2011 gutgeheissen. Von freisinniger Seite wird die Vorlage als wenig ambitiös beurteilt, hat sich der Bundesrat doch darauf beschränkt, lediglich im Bereich des Volkswirtschaftsdepartements eine stärkere Koordination unter den Vermarktungsorganisationen zu erzielen. Die Osec wird zum eigentlichen Kompetenzzentrum, welches die Location Switzerland sowie Investitions- und Importförderung zugunsten von Entwicklungsländern umfasst. 68 Mio. CHF gehen an die Exportförderung, 13,6 Mio. an die Information über den Standort Schweiz, 21 Mio. in die Innovationsförderung im Tourismus und 195 Mio. (+9 Mio. gegenüber dem Bundesrat) an Schweiz Tourismus. Der Nationalrat wollte die Aufstockung nicht gewähren. Wegen dem Betrag für den Tourismus musste die Vorlage in die Einigungskonferenz. Sie einigte sich auf 191 Mio. CHF für den Tourismus.

Strafprozessrecht: Der Ständerat beschloss in der Differenzbereinigung zunächst, beim neu eingeführten abgekürzten Strafverfahren an seiner Fassung festzuhalten. Das abgekürzte Strafverfahren ermöglicht es der Staatsanwaltschaft, das Vorverfahren auszulassen und den Fall direkt zur Aburteilung an das Gericht zu bringen. Es soll dazu beitragen, dass komplexe Straffälle wie serienmässige Drogendelikte, Einbruchserien oder umfangreiche Wirtschaftsstraftaten von den Strafverfolgungsbehörden und den Gerichten rasch und mit einem vernünftigen Mitteleinsatz behandelt werden können. Der Angeschuldigte muss dabei geständig sein und Zivilansprüche zumindest im Grundsatz anerkennen. National- und Bundesrat hatten für das abgekürzte Verfahren auch die Zustimmung der Zivilklägerschaft vorausgesetzt. Die kleine Kammer hielt nun aber am Antrag von Dick Marty (FDP/TI) mit 37:2 Stimmen fest, dass einzig die Zustimmung des Beschuldigten genügt. Zivilkläger können ihre Ansprüche auf dem Zivilweg geltend machen. Der Ständerat folgte jedoch in der zweiten Runde oppositionslos dem Nationalrat, der sowohl die Zustimmung des Beschuldigten als auch der Privatkläger verlangt. Die kleine Kammer verzichtete schliesslich auch gänzlich auf eine Aussage zum Mediationsverfahren, obschon sie sich immer dafür ausgesprochen hatte, den Kantonen die Möglichkeit für dieses Einigungsinstrument einzuräumen.

Steuerbefreiung des Existenzminimums: Der Nationalrat hat mit 92:77 Stimmen daran festgehalten, dass das Existenzminimum grundsätzlich von kantonalen und kommunalen Steuern befreit werden soll. Bei der direkten Bundessteuer ist dieses – aus liberaler Sicht – fragwürdige Anliegen bereits umgesetzt. Der Ständerat war zweimal auf die Vorlage nicht eingetreten, nachdem die Mehrheit der Kantone sie als unnötig abgelehnt hatte. Der Bund wird damit den Kantonen keine Steuerbefreiung des Existenzminimums vorschreiben.

Bundesgericht: Die Vereinigte Bundesversammlung wählte als Nachfolgerin des freisinnigen Bundesrichters Alain Wurzburger die Vertreterin der Grünen Florence Aubry Girardin. Sie amtierte zuletzt am Bundesverwaltungsgericht. Die SVP unterlag mit ihrem Kandidaten Pierre-André Berthoud im dritten Wahlgang mit 112:98 Stimmen bei einem absoluten Mehr von 106. Die FDP-Fraktion verzichtete auf eine Kandidatur, weil die FDP am Bundesgericht übervertreten ist. Sie unterstützte den SVP-Kandidaten, weil die SVP am stärksten untervertreten ist.

Nationalrat

Dringliche Debatte: Der Nationalrat hat sich gegen den Willen der FDP und gegen die Absichten des Büro des Nationalrats für eine dringliche Debatte ausgesprochen. Interesse an der dringlichen Debatte bekundeten die SVP, welche ihre Geheimplan-Wahlkampagne

in den Rat tragen und die SP, welche den Gegenpart übernehmen wollte. Die FDP-Fraktion sprach sich ursprünglich für eine Debatte über die Bedingungen guten Funktionierens der staatlichen Institutionen aus. Sie hatte bereits in der Sommersession bezüglich der Strafverfolgungsbehörden interpelliert, jedoch noch keine Antwort erhalten. Die Fraktion entschloss sich in Anbetracht der kurz vor der Herbstsession ausgebrochenen gehässigen Diskussion, auf einer unabhängigen und gut funktionierenden Bundesanwaltschaft zu bestehen und diesem Anliegen mit einer dringlichen Interpellation Nachdruck zu verschaffen. Die Fraktion votierte gegen die Dringlichkeit, nachdem eine sachliche und auf die offenen Fragen rund um die Bundesanwaltschaft fokussierte Diskussion ausser Reichweite geriet. Im Endergebnis geriet die dringliche Debatte im Wesentlichen zur Plattform des EJPD-Vorstehers. Das Schweizer Fernsehen leistete dazu mit der Direktübertragung der Debatte seinen eigenen Beitrag und warb dafür mit dem Hinweis auf den „Höhepunkt der Session“.

Bausparen: Der Nationalrat hat deutlich im Sinne der FDP-Fraktion das steuerbegünstigte Bausparen mit 98:65 Stimmen unterstützt. Zur Debatte standen u. a. die Baselbieter Standesinitiative und die entsprechende parlamentarische Initiative von NR Gysin (FDP/BL). Die FDP erachtet das Bausparen als wirksames Instrument zur Eigentumsförderung, von der namentlich junge Familien profitieren können. Studien belegen, dass im Kanton Baselland dank des Bausparens insbesondere der Mittelstand zu Wohneigentum kommt.

Eigenmietwert: Mit 82:68 Stimmen hat der Nationalrat sodann eine Motion unterstützt, welche den Eigenmietwert für alle Hausbesitzer aufheben und gleichzeitig einen beschränkten Schuldzinsen- und Unterhaltskostenabzug beibehalten will. Namentlich von Pensionierten, welche ihre Hypothek abbezahlt haben, wird die heutige Regelung als ungerecht empfunden.

Sonntagsverkäufe: Der Nationalrat hat die Initiative des verstorbenen freisinnigen Nationalrats Wasserfallen für die schweizweite Zulassung von bis zu vier Sonntagsverkäufen gutgeheissen. Mit der entsprechenden Änderung des Arbeitsgesetzes sollen alle Kantone die gleich langen Spiesse erhalten und vier Sonntagsverkäufe ohne Sondergenehmigung zulassen können. Die Verkaufsläden werden insbesondere das Bedürfnis nach Sonntagsverkäufen in der Weihnachtszeit befriedigen können. Der Rat sprach sich dagegen aus, für den Sonntagsverkauf 75 statt wie üblich 50 Prozent Lohnzuschlag vorzusehen. In der Gesamtabstimmung passierte die Vorlage mit 104:66 Stimmen.

Verwahrungsinitiative: Der Nationalrat hat mit 103:79 Stimmen beschlossen, die Verwahrungsinitiative im Strafgesetzbuch umzusetzen. Den Antrag seiner Kommission, auf die Vorlage nicht einzutreten und die Anwendung der Verwahrung den Gerichten und Vollzugsbehörden zu überlassen, lehnte er deutlich ab. Die freisinnigen Mitglieder der Rechtskommission und mit ihnen ein Teil der Fraktion argumentierten, dass die Initiative nicht umgesetzt werden solle, da sie gemäss Zielsetzung der Initianten gar nicht menschenrechtskonform umgesetzt könne. Ausserdem wurde darauf hingewiesen, dass das geltende Recht bereits jetzt Möglichkeiten vorsehe, die Bevölkerung vor gefährlichen, nicht therapierbaren Straftätern im Sinne der Initiative zu schützen. - Die von der andern Hälfte der FDP-Fraktion unterstützte Gesetzesvorlage sieht die lebenslängliche Verwahrung hochgefährlicher Täter vor. Sie verlangt zudem, dass die Behörden im Verlauf der Verwahrung weiterhin prüfen, ob die Verwahrung noch notwendig ist. Damit entspricht die Vorlage zwar den Vorgaben der EMRK, weicht indessen wesentlich vom Kernanliegen der Initiative ab.

Einbürgerungen: Der freisinnige Vorschlag (er geht auf SR Pfisterer FDP/AG zurück), wie Rechtsstaat und Demokratie bei der Einbürgerung zu versöhnen sind, wurde im Nationalrat modifiziert. So wurde im Gegensatz zum Ständerat beschlossen, dass über Einbürgerungen weiterhin an Gemeindeversammlungen, nicht aber an der Urne entschieden werden kann. Einbürgerungsgesuche können von den Stimmberechtigten dann abgelehnt

werden, wenn ein entsprechender Antrag gestellt und schriftlich begründet wurde. Zudem wurde beschlossen, dass den Stimmberechtigten neben anderen Personendaten auch die Religionszugehörigkeit der Gesuchsteller bekanntgegeben werden muss. Die Vorlage wurde mit 77:72 bei 17 Enthaltungen verabschiedet und dürfte in dieser Façon nicht überleben.

Zwangsanwendungsgesetz: Mit 124:36 beschloss die grosse Kammer, auf das Gesetz einzutreten, welches die Anwendung von polizeilichem Zwang bei der Rückführung von abgewiesenen Asylbewerbern und anderen Polizeieinsätzen in der Kompetenz des Bundes regelt. Umstritten waren insbesondere die Instrumente, die für den Einsatz durch die Polizei zulässig sein sollen. Der Bundesrat will als Hilfsmittel Handschellen und andere Fesselungsmittel sowie Diensthunde zulassen, verboten sein soll dagegen der Einsatz von Mitteln, welche die Atemwege beeinträchtigen können, namentlich Integralhelme und Mundknebel. Als zulässige Waffen werden Schlag- und Abwehrstöcke, Reizstoffe sowie – als letztes Mittel – Schusswaffen genannt. Eine sozialdemokratisch-grüne Minderheit wollte auf gewisse Mittel ganz verzichten, so beispielsweise auf Hunde. Dieser Vorbehalt wurde von der FDP und der Ratsmehrheit zurückgewiesen (83:57). Der Einsatz von Elektroschockgeräten oder «Tasern» war auch auf bürgerlicher Seite nicht ganz unumstritten. Der Bundesrat hat diese «nicht tödlich wirkenden Destabilisierungsgeräte», wie sie im Gesetz genannt werden, nach Kritik in der Vernehmlassung von der Liste gestrichen, und auch der Ständerat änderte daran nichts. Mit der Mehrheit des Rats (75:67) wollte die FDP-Fraktion Taser zulassen, weil sie insbesondere in Flugzeugen und geschlossenen Räumen geeignet seien, den Widerstand von renitenten Personen zu brechen. Arzneimittel schliesslich dürfen bei medizinischer Notwendigkeit verabreicht werden, jedoch nicht zur Ruhigstellung. In der Schlussabstimmung passierte das Gesetz mit 96:60 Stimmen.

Kindsentführungen: In der Schweiz sollen Alarmsysteme für Entführungen und das Verschwinden von Kindern eingeführt werden. Der Nationalrat hat zwei Motionen seiner Rechtskommission im Sinne der FDP zugestimmt. Angeregt wird eine Alarmierung der Bevölkerung via MMS beim Verschwinden eines Kindes. – Der Nationalrat hat sodann als Erstrat ein neues „Bundesgesetz über internationale Kindesentführung und die Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen“ gutgeheissen.

Volksinitiative zur Prämiensenkung in der Krankenkasse: Der weit herum als unklar und unpräzis geltenden Volksinitiative wurde mit klarer Mehrheit von 109:74 Stimmen ein stark von der FDP geprägter Gegenvorschlag gegenüber gestellt. Ein aus dem Ständerat stammender Gegenvorschlag wurde in der Subkommission des Nationalrates unter Führung des FDP-Fraktionschefs mit Elementen des Wettbewerbs weiterentwickelt (Vertragsfreiheit, monistische Finanzierung durch Ausschüttung der öffentlichen Beiträge an die Versicherer, Spitalbinnenmarkt, bessere Koordination Bund-Kantone). Der Gegenvorschlag richtet sein Augenmerk nicht einseitig auf die Kosten(-senkung), sondern ebenso auf den Zugang des Versicherten zu bester medizinischer Qualität und wirtschaftlicher Leistungserbringung. Die Gesundheitskommission schickte die vorliegenden Gegenvorschläge aus den beiden Räten zur Konsultation in die Kantone.

Komplementärmedizin: Der Nationalrat lehnte die Initiative „Ja zur Komplementärmedizin“ mit 93:78 Stimmen im Sinne der FDP-Fraktion ab. Das (zu) offen formulierte Begehren nach „umfassender Berücksichtigung“ komplementärer medizinischer Leistungen im Gesundheitswesen würde nicht absehbare Kostenfolgen bewirken. Der Wert der Alternativmedizin als solcher wurde von freisinniger Seite im Besonderen und vom Nationalrat im Allgemeinen nicht in Frage gestellt. Es ist durchaus möglich, dass angesichts der Popularität der Komplementärmedizin die vor zwei Jahren erfolgte Streichung von fünf Behandlungsmethoden aus dem Leistungskatalog der Grundversicherung wieder hinterfragt werden wird.

Rauchverbot: Mit 111:64 Stimmen votierte der Nationalrat für ein neues Gesetz zum Schutz der Passivraucher. Die Eintretens-Frage wurde in der FDP-Fraktion unterschiedlich beurteilt. Unbestritten war im Rat in der Detailberatung das Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, Spitälern, Schulen, Museen, Theatern und Kinos. Mit 95:77 wurde sodann beschlossen, Restaurants und Bars auch als Raucherbetriebe zu führen. Eine entsprechende Bewilligung ist dann zu erhalten, wenn eine Trennung in Raucher- und Nichtraucherräume nicht möglich ist.

Biomedizin-Übereinkommen: Der Nationalrat hat mit 121:17 Stimmen bei 13 Enthaltungen einem minimalen Schutzniveau im Bereich der Biomedizin zugestimmt. Aus liberaler Sicht sprach nichts gegen die Ratifizierung, weil der Bundesrat versprochen hatte, insbesondere mit dem Humanforschungsgesetz die Grundsätze der Konvention einzuhalten. Angenommen wurde mit 144:3 Stimmen auch das Zusatzprotokoll über das Verbot des Klonens menschlicher Lebewesen.

Pro Helvetia: Die Kulturstiftung erhält gemäss Beschluss des Nationalrates in den kommenden vier Jahren 135 Mio. CHF. Dies sind 18 Mio. CHF weniger, als die Stiftung selber beantragte, und 8 Mio. CHF weniger, als sie die letzten vier Jahre erhielt. Die FDP-Fraktion unterstützte mehrheitlich das engere Budgetkorsett.

Kreditsperre: Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat das Instrument der Kreditsperre mit solider Mehrheit (95:56 Stimmen) ins definitive Recht überführt. Die Kreditsperre lässt bei der Anwendung genügend Flexibilität zu, so dass der Vorwurf, dass Parlament entmündige sich selbst, bzw. es handle sich um ein Rasenmäherinstrument ins Leere zielt. Von der Kreditsperre ausgenommen sind die Anteile Dritter an Bundeseinnahmen, die Sozialversicherungen oder die Beiträge an internationale Organisationen. Zudem kann die Kreditsperre im Falle vertraglicher Verpflichtungen punktuell gelockert werden.

Armee: Die Armee soll auch in den nächsten vier Jahren für den Schutz von ausländischen Botschaften in der Schweiz eingesetzt werden. Die entsprechenden Beschlüsse wurden von den bürgerlichen Parteien gegen Grüne und SP gefasst. Künftig sollen noch 245 Armeeingehörige für den Botschaftsschutz, für die Verstärkung des Grenzwachtkorps und zur Sicherung des Flugverkehrs eingesetzt. Bisher lag der Maximalbestand auf über 1000 Personen.

Waffen und Munition: Die persönliche Armeewaffe bleibt zu Hause, die Taschenmunition bleibt im Zeughaus. Entsprechend dieser Disposition hat der Nationalrat eine sozialdemokratische parlamentarische Initiative (keine Abgabe der Waffe an den Armeeingehörigen zur privaten Aufbewahrung) mit 97:76 im Sinne der FDP abgelehnt. Die Motion des Ständerats, wonach die Taschenmunition nur noch in Ausnahmefällen (2000 Wehrmänner für Ersteinsätze) nach Hause mitgegeben werden soll, wurde mit 100:72 Stimmen überwiesen. Die FDP-Fraktion im Nationalrat beurteilte diese Frage unterschiedlich.

Sicherheitsdepartement: Der Bundesrat ist beauftragt, alle sicherheitspolitisch relevanten Bereiche in einem einzigen Departement zu vereinen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat einer entsprechenden Motion mit Unterstützung der FDP-Fraktion mit 85:51 Stimmen zugestimmt.

Fluglärm: Die Gesetzesrevisionen, die der Nationalrat genehmigte, waren durch die Lärmbelastungen rund um den Flughafen Zürich ausgelöst worden. Im März 2002 hatte Rolf Hegetschweiler (FDP/ZH) eine parlamentarische Initiative eingereicht, mit der er ein einfaches Verfahren zur Entschädigung von Grundeigentümern verlangte, die wegen veränderter Betriebsreglemente von Flughäfen übermässig von Lärmimmissionen betroffen werden und deren Eigentum deshalb an Wert verliert. Aus dem Vorstoss ist nun eine Gesetzesrevision geworden, die neben dem Fluglärm auch die Lärmimmissionen des Schienenverkehrs, der Nationalstrassen sowie von Anlagen der Landesverteidigung einbezieht.

Die Änderungen des Enteignungs- und des Luftfahrtgesetzes sehen vor, dass Entschädigungsforderungen nur dann verjähren, wenn eine ordentliche enteignungsrechtliche Planaufgabe erfolgt ist, die auch das betroffene Grundstück erfasst. Zudem wird die Verjährungsfrist auf zehn Jahre verlängert. Allfällige Entschädigungszahlungen wegen übermässiger Lärmimmissionen sollen die Eigentümer an die Mieter und Pächter weitergeben. Die Vorlage soll zudem die Rechtslage der Eigentümer sowie der Mieter klären, die durch eine Änderung des Betriebsreglements eines Flughafens von einer Zunahme der Lärmimmissionen betroffen sind. Sie sollen in einem einfachen Verfahren Entschädigungen für einen Wertverlust ihrer Liegenschaft geltend machen können. Durch die Aufhebung der Verjährungsfrist für bereits verjährte Verfahren würden allein für den Flughafen Zürich zusätzliche Kosten von 200 bis 400 Millionen entstehen, die zu den heutigen Lärmschädigungen in der Grössenordnung von 0,8 bis 1,2 Milliarden Franken hinzukämen, rechnete der Bundesrat im Rat vor. Der bundesrätliche Nichteintretensantrag wurde jedoch mit 101:70 abgelehnt. Ein Antrag, die Vorlage an die Kommission zurückzuweisen mit dem Auftrag, über die finanziellen Folgen der Gesetzesrevisionen Bericht zu erstatten, scheiterte hauchdünn mit 88:87 Stimmen. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

Säule 3c: Der Nationalrat hat die Motion der FDP für die Schaffung einer Säule 3c mit 100:38 Stimmen abgelehnt. Im Ständerat war das Anliegen zur Vorsorge für einen möglichen Pflegebedarf klar unterstützt worden.

Ständerat

Komplementärmedizin: Mit 19:3 hat der Ständerat die Motion von SR Forster (FDP/SG) unterstützt, welche den Bundesrat beauftragt, die Wiederaufnahme der anthroposophischen Medizin, der Homöopathie und der traditionellen chinesischen Medizin zu prüfen. Der Motionärin geht es um die Frage, mit welchen Mitteln die Wirksamkeit von homöopathischen Methoden nachgewiesen werden muss.

Einbürgerung: Die SVP-Volksinitiative, welche Einbürgerungen an der Urne weiter ermöglichen und Beschwerden gegen Einbürgerungsentscheide verunmöglichen will, ist im Sinne der FDP mit 28:7 Stimmen klar abgelehnt worden. Der Ständerat spricht sich für einen indirekten Gegenvorschlag zur SVP-Initiative aus. Dieser beruht auf einer parlamentarischen Initiative von SR Pfisterer (FDP/AG) zur Änderung des Bürgerrechtsgesetzes. Dieser Gegenvorschlag sieht Urnenabstimmungen oder Gemeindeversammlungen vor, wobei ablehnende Entscheide zu begründen sind und dem Antragssteller ein Beschwerderecht zusteht. Damit können die direktdemokratischen Rechte wie auch die rechtstaatlichen Garantien gegen Willkür gewahrt werden.

Maulkorbinitiative: Der Ständerat hat im zweiten Anlauf einer Initiative von NR Burkhalter (FDP/NE) zugestimmt, welche die Rolle des Bundesrates in Abstimmungskämpfen regeln will. Ursprünglich lehnte die kleine Kammer die Gesetzesergänzung ab, gab dann aber den Widerstand auf, nachdem der Nationalrat insistiert hatte. Gemäss der Formulierung hat der Bundesrat in seinen Abstimmungserläuterungen die wichtigsten im parlamentarischen Entscheidungsprozess vertretenen Positionen darzulegen. Er soll zudem keine von der Haltung der Bundesversammlung abweichende Abstimmungsempfehlung abgeben dürfen. Die freisinnige Bundeskanzlerin interpretierte im Rat die neuen Bestimmungen so, dass der Bundesrat auch bloss die Haltung des Parlaments darlegen und auf eine eigene Empfehlung verzichten könnte. Der Nationalrat schloss sich der vom Ständerat modifizierten Vorlage an. - Die auch vom Bundesrat nicht mehr bekämpfte Ergänzung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte ist als indirekter Gegenvorschlag zur sogenannten Maulkorb-Initiative zu verstehen. Hinter dem Volksbegehren unter dem Titel «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda», das dem Bundesrat eine Informationstätigkeit vor Abstimmungen weitgehend verbieten möchte, stehen der SVP nahe Kreise.

Kleine Steueramnestie: Der Ständerat hat eine kleine Steueramnestie beschlossen. Fast oppositionslos hat er dem Anrecht auf eine einmalige straflose Selbstanzeige und der

vereinfachten Nachbesteuerung ehrlicher Erben zugestimmt. Zu bezahlen sind in einem solchen Fall die ordentliche Nachsteuer und der Verzugszins für höchstens zehn Jahre. Wenn Erben die Steuerhinterziehung Verstorbener deklarieren, sollen sie Nachsteuer und Verzugszins nur noch für die drei letzten Steuerperioden vor dem Todesjahr des Erblassers bezahlen müssen. Heute beträgt der Zeitraum zehn Jahre. Der Rat beschloss die Vorlage mit 22:1 Stimme bei 5 Enthaltungen.

Erbrecht: Der Ständerat hat ein sozialdemokratisches Postulat mit 30:7 abgelehnt, welches die erbrechtlichen Bestimmungen zugunsten der Enkel und Konkubinatspaaren modifizieren wollte. Wäre nicht gleichzeitig ein Prüfungsauftrag für eine nationale Erbschaftssteuer gefordert worden, wäre die Ablehnung des Postulats wohl weniger deutlich ausgefallen. Auch in der FDP wird daran gedacht, die Pflichtanteile für die direkten Nachkommen zu überprüfen.

Vormundschaftsrecht: Der Ständerat hat im Rahmen der Revision des Zivilgesetzbuchs (ZGB) das Vormundschaftsrecht modernisiert. Im Vordergrund steht künftig die Selbstvorsorge: Mit einem Vorsorgeauftrag kann eine Person regeln, wer sie im Falle der Urteilsunfähigkeit betreut und rechtlich vertritt. Eine Patientenverfügung bestimmt im Voraus die zulässigen medizinischen Massnahmen oder eine Person, die zur Zustimmung berechtigt ist. Die Behörden kommen zum Zug, wenn Selbstvorsorge nicht mehr möglich ist und Unterstützung von Angehörigen nicht mehr ausreicht. Künftig wird in diesem Zusammenhang von Beistandschaft gesprochen. Kaskadenartig unterscheidet das Gesetz vier Formen der Beistandschaft, nämlich die Begleit-, die Vertretungs-, die Mitwirkungs- sowie die umfassende Beistandschaft, welche die Entmündigung ersetzt. Im Einzelfall sorgen die Behörden dafür, dass es nicht mehr amtliche Betreuung gibt, als wirklich nötig ist. Bundesrat und Ständerat möchten nicht, dass die Behörden systematisch Beistandschaften anordnen müssen. Um die Solidarität in der Familie zu stärken, räumt das Gesetz deshalb den als Beistand eingesetzten Angehörigen gewisse Erleichterungen und Kompetenzen ein. Neu sind auch die Behördenorganisation und die Professionalisierung der Behörden. Heute sind die Vormundschaftsbehörden in der Romandie meist Gerichte, in der Deutschschweiz hingegen oft politisch gewählte Laien. Neu werden nun alle Entscheide bei Fachbehörden konzentriert. Die Fachbehörde wird von den Kantonen bestimmt. Diese sind frei, ob sie dafür eine Verwaltungsbehörde oder ein Gericht einsetzen wollen.

Güterverkehrsvorlage: Der Ständerat hat das Verlagerungsziel auf der Zeitachse verschoben. Neu soll die Halbierung des die Alpen querenden Lastwagenverkehrs (650'000 statt 1,2 Mio.) nicht mehr 2009 sondern 2019 erreicht werden. Das Instrument *Transitbörse* stiess im Ständerat auf Skepsis: Der Bundesrat erhielt die Kompetenz zur Kontingentierung mit handelbaren Durchfahrtsrechten nicht. Der Ständerat beschloss sodann 1,6 Mia. CHF für die Verlagerungspolitik von der Strasse auf die Schiene in den Jahren 2011-2018. Die Vorlage passierte mit 30:0 Stimmen. – Der Rat unterstützte die Motion von Ständerat Pfisterer (FDP/AG), welche eine Nachfinanzierung der Neat und eine Zusatzvorlage für weitere Bahnprojekte verlangt. Die Motion will, dass Projekte der zweiten Etappe von Bahn 2000 nicht wegen der Mehrkosten der Neat auf der Strecke bleiben.

Formel-1-Rennen: Der Ständerat hat mit 22:21 Stimmen entschieden, das Verbot von Rundstrecken-Rennen nicht aufzuheben. Die Mehrheit im Rat hielt die Vorlage für überflüssig. Die grosse Kammer hatte den Vorstoss mit 97:77 gutgeheissen.

Gegenvorschlag zur Gewässerschutzinitiative: Der Ständerat fasst gegen den Willen des Bundesrates einen Gegenvorschlag zu der vom Fischereiverband eingereichten Renaturierungsinitiative ins Auge. Eine entsprechende Motion wurde mit 26:13 unterstützt.

Rüstungsprogramm: Ohne Gegenstimmen hat der Ständerat als zweite Kammer 581 Mio. CHF für das Rüstungsprogramm 2007 genehmigt. Der Nationalrat hatte die Vorlage in der Sesssion mit 116 gegen 45 links-grüne Stimmen gebilligt. Mit seiner Kommis-

sion kam der Ständerat nun einhellig zum Schluss, die Beschaffungen seien gut begründet und auf die wahrscheinlichsten Einsätze der Armee abgestimmt.

Auslandeinsätze/Durchdiener: Mit 24:5 Stimmen überwies der Ständerat eine freisinnige Motion (NR Burkhalter), welche eine Verdoppelung der Kapazitäten für Auslandeinsätze (insgesamt 500 Soldaten) bis zum Jahre 2010 vorsieht. Auslandeinsätze generieren Erfahrungen, welche in der Ausbildung der Armee verwertet werden können. Dagegen wurde die freisinnige Motion, welche eine Verdoppelung der Zahl der Durchdiener ermöglichen will (30% statt 15%; maximal 5000 bis 6000 Rekruten), mit 21:13 abgelehnt, nachdem sie im Nationalrat noch klare Unterstützung gehabt hatte. Der Ständerat war lediglich bereit, einem Postulat zuzustimmen, welches den Bundesrat beauftragt, Fragen im Zusammenhang mit einer höheren Zahl von Durchdienern zu beantworten.

Flexibilisierung des Rentenalters: Der Ständerat überwies ein FDP-Postulat, das den Bundesrat beauftragt, Modelle für eine Zusatzrente als Anreiz für einen längeren Verbleib im Erwerbsleben vorzulegen.

Fraktionsvorstösse

Innovationspark: Der Bundesrat wurde von der FDP-Fraktion mit einer Motion eingeladen, die gesetzlichen Grundlagen für die Einrichtung eines „nationalen Innovationsparks“ zu schaffen. In Anlehnung an renommierte ausländische Projekte soll die Schweiz mit einem solchen „Parc d’innovation“ als internationaler Forschungs- und Innovationsstandort weiter gestärkt werden.

Motorfahrzeugbesteuerung/CO2-Problematik: Der Bundesrat wurde von der FDP-Fraktion mit einem Postulat eingeladen, Besteuerungs-Modelle im Bereich der Motorfahrzeuge auszuarbeiten, welche neu auf dem Treibstoffverbrauch der Motorfahrzeuge basieren anstatt wie bisher auf dem Fahrzeug selbst. Eine solche Treibstoffbesteuerung (Anpassung der Mineralölsteuer) anstelle der Importsteuer und der kantonalen Motorfahrzeugsteuer soll ertragsneutral ausfallen; die Steuerausfälle der Kantone wären zu kompensieren.